

# 70 Jahre GSP

## **Rede anlässlich des 70-jährigen Jubiläums der GSP am 5. Oktober 2022 in München**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, dass wir heute hier im wunderschönen Maximilianeum das 70-jährige Jubiläum unserer Gesellschaft für Sicherheitspolitik feiern können.

Dem Bayerischen Landtag sage ich Dank für die Gastfreundschaft!

Besonders freue ich mich, Peter Tamm aus Hamburg begrüßen zu dürfen, in dessen Verlag das frühere Mitteilungsblatt unserer Gesellschaft erscheint. Damals hieß es „Mitteilungen der Gesellschaft für Wehrkunde“, heute „Europäische Sicherheit und Technik“.

Aus derselben Wurzel ist übrigens auch die Münchner Sicherheitskonferenz gewachsen, die früher „Wehrkundetagung“ hieß. Die gibt es seit 1963.

Unsere „Gesellschaft für Wehrkunde“ wurde elf Jahre vorher, am 5. Januar 1952, in München gegründet. Einer der Initiatoren war Ewald Heinrich von Kleist-Schmenzin, ein ehemaliger Wehrmachtsoffizier, der zum Kreis der Widerständler vom 20. Juli 1944 gehörte. Ewald von Kleist wäre in diesem Jahr, 2022, genau 100 Jahre alt geworden. Die Gesellschaft, die Zeitschrift und vor allem die weltberühmte Tagung – das alles ist für immer mit seinem Namen verbunden.

In Paragraph 1 der ersten Satzung ist, Jahre vor Aufstellung der Bundeswehr, der Zweck unseres gemeinnützigen Vereins klar beschrieben, nämlich „angesichts des Kalten Krieges den Verteidigungswillen zu stärken, die Verteidigungsbereitschaft in der Bundesrepublik zu fördern, zur Klärung von Verteidigungsproblemen beizutragen.“ Und weiter heißt es: „Das alles zielt nicht auf bestimmte Bereiche und Gruppierungen, sondern soll alle Kreise der Bevölkerung [...] umfassen.“

Der Vereinszweck war also damals wie heute sicherheitspolitische Bildungsarbeit. Das politische Selbstverständnis war überparteilich. Zusammenarbeit mit allen demokratischen Institutionen, Stiftungen und Verbänden gehört für uns zur täglichen Normalität, von Konrad-Adenauer-, Hanns-Seidel- und Friedrich-Ebert-Stiftung über Bundeswehr- und Reservistenverband bis zur DAG, DWT und MSC.

Damals, 1952, allerdings lag die Zukunft der jungen westdeutschen Republik noch im Ungewissen. Würde dieser dritte demokratische Versuch, nach 1848 und 1918, wieder scheitern? Würde unser Land, diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs, bald schon der Schauplatz eines neuen, des Dritten Weltkrieges sein?

Als die GfW, die Gesellschaft für Wehrkunde, entstand, war gar nicht die erste politische Priorität, als westdeutschen Beitrag zur Verteidigung des freien Westens eine neue bundesrepublikanische Armee aufzustellen. Priorität hatte stattdessen damals das Projekt einer „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“, EVG, zusammengesetzt aus den militärischen Beiträgen der früheren Kriegsgegner: Frankreich, Belgien, die Niederlande, Luxemburg einerseits sowie Italien und Westdeutschland.

Die Devise der Nato, allen voran der Franzosen, lautete: Wir brauchen deutsche Soldaten! Aber möglichst nicht schon wieder eine neue deutsche Wehrmacht! Deshalb die europäische Initiative. Sie scheiterte schließlich 1954 an veränderten Mehrheitsverhältnissen in der französischen Nationalversammlung. Daraufhin kam es zur Gründung der Bundeswehr 1955.

Diese neue Armee sollte neuen Maximen folgen. Sie sollte eine Armee von Demokraten sein, nicht nur eine Armee in der Demokratie.

Deshalb gab es neue Prinzipien, zuallererst „Innere Führung“ und „Staatsbürger in Uniform“. Nie wieder sollten deutsche Soldaten sich darauf berufen, sie hätten ja nur Befehle ausgeführt. Die „äußere Führung“ durch Befehl und Gehorsam wird ergänzt durch die Verantwortung jedes Einzelnen für sein Tun und Lassen: „innere Führung“. Jeder Soldat und jede Soldatin heute muss in sich einen Maßstab tragen für Richtig und Falsch, für Recht und Unrecht, für Gut und Böse.

Die letzte Garantie dafür, dass deutsches Militär sich nie wieder entsetzlich missbrauchen lässt, ist jede und jeder Einzelne: als Demokrat, als Mensch.

Das ist mit Innerer Führung gemeint. Komplizierter muss man es nicht machen.

Dazu gehören dann auch ethische, historische und politische Bildung. Dazu gehören Vertrauensleute, Personalräte und eine gewerkschaftsartige Berufsorganisation der aktiven Soldaten. Dazu gehören allgemeines Wahlrecht und Wählbarkeit. Dazu gehören Beschwerde- und Petitionsrechte und das Amt des Wehrbeauftragten im Grundgesetz.

Zum neuen Rüstzeug der neuen Bundeswehr zählt auch das Prinzip „Parlamentsarmee“. Sei es zur Feststellung des Verteidigungsfalls, sei es zur Entsendung deutscher Kontingente in internationale Friedensmissionen in Afghanistan oder in Afrika: Immer braucht es dafür die konstitutive Zustimmung des Deutschen Bundestages. Für den Verteidigungsfall übrigens auch die des Bundesrates.

Ein drittes Unterscheidungsmerkmal der neuen Bundeswehr gegenüber allen Vorgängerarmeen ist – neben „Innerer Führung“ und „Parlamentsarmee“ – das Prinzip der Bündnisarmee. Die Bundeswehr wurde direkt in die Nato hineingegründet, quasi als Truppensteller für die integrierte Kommandostruktur der atlantischen Allianz. Anstelle eines deutschen Generalstabs gab es die Position des Nato-Befehlshabers Europa-Mitte, AFCENT, die immer von einem Viersterne-General der Bundeswehr wahrgenommen werden sollte. So war es im Kalten Krieg. Einer dieser deutschen Befehlshaber war übrigens 1978-83 Präsident unserer Gesellschaft, General Jürgen Bennecke.

Alles in allem scheint mir die Geschichte der Bundeswehr eine Erfolgsgeschichte zu sein. Wir haben Glück mit unserem Militär. Es ist ein demokratischer Teil unserer demokratischen Gesellschaft geworden.

An den Diskussionen und politischen Kämpfen, die diesen Weg begleiteten und begleiten, hat die Gesellschaft für Wehrkunde, später: Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik (1990), heute: Gesellschaft für Sicherheitspolitik (seit 2014) stets aktiv teilgenommen.

Mit 6000 Mitgliedern in zur Zeit 60 arbeitenden Sektionen lädt die GSP bundesweit jährlich zu Hunderten von öffentlichen Informations- und Diskussions-Veranstaltungen ein. Zu den jährlichen Highlights gehören die Petersberger Gespräche in Bonn, gestartet unter der ehemaligen Präsidentin und früheren Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, Ulrike Merten, und unser Sicherheitsdialog in Berlin, verantwortet vom GSP-Vizepräsidenten Kersten Lahl.

Es gibt inzwischen eine Junge GSP, um deren Entstehen sich der ehemalige Präsident Johannes Varwick besonders verdient gemacht hat. Die erste Sprecherin der Jungen, Jessica Nies, ist jetzt Vizepräsidentin der GSP.

Seit 1953 werden wir kontinuierlich und verlässlich vom Bundespresseamt gefördert, also mit Geld aus dem Bundeshaushalt.

Mein Eindruck heute ist, dass die sicherheitspolitische Bildungsarbeit mit der Zeitenwende, seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022, eine neue Dringlichkeit erhalten hat.

Jeder und jede kann sehen und spüren, dass eine neue Epoche begonnen hat. Die Krisen – Energie, Inflation, Rezession, Klima, Corona – scheinen überhand zu nehmen. Deutschland stellt sich neu auf. Aber über den richtigen Kurs wird noch diskutiert.

Wir haben anlässlich unseres Jubiläums eine kleine repräsentative Umfrage in Auftrag gegeben. Danach glauben nur 29 Prozent unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger, dass „Deutschland eine klare Linie in seiner gegenwärtigen Sicherheits- und Verteidigungspolitik verfolgt“. 59 Prozent glauben, dass das nicht der Fall ist: keine klare Linie.

Auf die Frage „Fühlen Sie sich aktuell von der Bundesregierung ausreichend über Ziele und Mittel der deutschen Sicherheitspolitik informiert?“ antworten 26 Prozent, ein Viertel, mit Ja. Zwei Drittel, 65 Prozent, sagen Nein, nicht gut informiert. Da klafft eine große Informationslücke, jedenfalls wird es so empfunden.

Und wenn man nach den Medien fragt, ob diese „ausreichend über verteidigungspolitische Themen“ informieren, sagen ebenfalls doppelt so viele Befragte Nein (61 Prozent) wie Ja (29 Prozent).

Deshalb, mehr sicherheitspolitische Information und Diskussion in die Breite unserer Bevölkerung zu tragen: Das ist eine Aufgabe, die wir als GSP auch für uns sehen.

Wir wollen und können in Zukunft mehr tun

Unsere Demokratie lebt davon, dass Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sich eine Meinung bilden und auch selbst an der politischen Willensbildung teilnehmen. Um wehrhaft sein zu können, muss unsere Demokratie zuallererst einmal lebendig und selbstbewusst sein. Auch da gibt es Sorgen und Aufgaben.

Unsere Hauptaufgabe aber sehen wir heute wie vor 70 Jahren darin, für Frieden in Freiheit zu werben. Unsere Demokratie muss eine wehrhafte Demokratie sein, im Innern wie nach außen. Dafür setzen wir uns ein.